Prof. Hans Geser
Online Publikationen

Universität Zürich
Soziologisches Institut

Politik und Parteien im Wandel

Gibt es feminine Parteien?

Hans Geser
Zürich, März 2009

Abstract:
Eine komparative Analyse von 2500 Schweizer Lokalparteien führt zum Ergebnis, dass sich Sektionen mit hohem Frauenanteil durch eine höhere Intensität der Binnenkommunikation und etwas dezentralere Machtverhältnisse von männerdominierten Gruppierungen unterscheiden. Ebenso sind sie etwas stärker geneigt, in Bereichen der Sozial-, Jugend- Bildungs- und Gesundheitspolitik auf eigene Initiative tätig zu werden und eine breite Palette von linken politischen Anliegen stärker zu unterstützen. Während für die organisatorischen Effekte in erster Linie die Frauenanteile bei den Parteiaktiven und im Parteivorstand massgebend sind, scheinen die ideologisch-sachpolitischen Wirkungen eher von der Zusammensetzung der breiteren Anhängerschaft auszugehen.

Inhalt

1. Frauen in der Politik: viele Clichés und wenig Forschung 2
2. Frauen in politischen Parteien: eine vielschichtige Thematik 7
3. Datenbasis und Methodologie 8
4. Empirische Ergebnisse 10
   4.1 Dichte der parteiinternen Kommunikation 10
   4.2 Parteiinterne Einflussverhältnisse 12
   4.3 Einfluss der Partei in der Gemeinde 13
   4.4 Themenfelder der Parteipolitik 14
   4.5 Ideologische und sachpolitische Ausrichtung der Partei 15
5. Schlussfolgerungen 20
Literatur 22

Bibliographische Zitierung
Geser Hans: Gibt es feminine Parteien? In: Prof. Hans Geser: Online Publikationen. Zürich, März 2009.
http://geser.net/par/ges_17.pdf

1. Frauen in der Politik: viele Clichés und wenig Forschung

Parallel mit ihrem Vordringen in der Arbeitswelt haben die Frauen auch in politischen Verbänden und Parteien sowohl auf der basalen Ebene der Anhängerschaft wie auch auf dem Niveau der aktiven Mitglieder und formellen Ämter innerhalb der vergangenen 40 Jahre einen grösseren Einfluss gewonnen. Besonders dramatisch verlief dieser Wandel in der Schweiz, wo die Frauen erst 1971 das Stimm- und Wahlrecht erhielten und bereits seit Ende der1980er Jahre in allen Parteien über 30% der Anhängerschaft stellen (Geser 1991).
Die vielseitigen Fragen nach dem Einfluss der Frauen auf die Strukturen und Prozesse politischer Aktivität einerseits und auf die ideologischen Orientierungen und sachpolitischen Positionen andererseits haben in der komparativen empirischen Forschung bisher aber erstaunlich wenig Interesse gefunden. Nach wie vor überwiegen normativ-ideologische Argumentationen sowie impressionistische gewonnene Verallgemeinerungen, in denen sich eher subjektive Wertorientierungen als systematisch-objektivierende Beobachtungen ihrer Urheber(innen) manifestieren.
So sind vor allem jene (etwa an Simone de Beauvoir anschliessende) radikalfeministischen Positionen von geringem empirischem Interesse, die "Politik" als einen fundamental androzentrischen Gesellschaftsbereich sehen, der die Denkweisen und Lebensbereiche der Frauen nicht berücksichtigt und beispielsweise eine mit universellem Anspruch auftretenden "Rationalität" vertritt, in der sich in Wahrheit bloss typisch-männliche Orientierungen widerspiegeln (vgl. Kreisky 1992; Schöler-Macher 1994; Meyer 1997). Tatsächlich wäre daraus abzuleiten, dass politisierende Frauen nichts Wesentliches verändern können, weil sie im Zuge ihrer politischen Sozialisation und Karriereverläufe ja genötigt sind, diese tief in der Institution verankerten männlichen Werthaltungen und Sichtweisen zu übernehmen.
Ebenso unergiebig sind umgekehrt all jene Argumentationen, die bloss Aspekte des Stils und persönlichen Verhaltens betroffen sehen, in denen sich generalisierte. nicht mit Politik zusammenhängende geschlechtsspezifische Identitäts- und Rollenmuster reproduzieren:

> *"Das äußere Erscheinungsbild spielt in den Autobiographien und Interviews als Wahrnehmung und Anforderung von außen eine große Rolle für die Politikerinnen. Wie sie in die Öffentlichkeit treten, ist ein bedeutendes Thema auch für sie selbst. Sie müssen sich damit auseinandersetzen. Alle Politiker-innen scheinen einer ständigen Beurteilung und Bewertung ihres Äußeren zu unterliegen." (Richter 2006: 93)*

Derartige Engführungen der hier anstehenden Problematik ignorieren vor allem das Erfordernis, das Verhältnis von Frau und Politik als einen sich dynamisch entfaltenden historischen Koevolutionsprozess zu konzeptualisieren, in dessen Verlauf sich Politik und Frauen korrelativ zueinander verändern. So wäre denkbar, dass Frauen im Zuge ihrer politischen Tätigkeit eventuell neuartige Dimensionen Ausdrucksformen ihrer Weiblichkeit entwickeln: so dass zwischen Männern und Frauen auch neuartige Differenzen entstehen können, die mit bisherigen Geschlechtsdivergenzen in der Privatwelt wie auch in der Arbeitswelt vielleicht nur in einem lockeren Verhältnis stehen.
Ein Aspekt dieser historischen Variabilität wird in der Studie von Norris (1990) deutlich, der in mehreren westeuropäischen Parteiensysteme seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts eine dreiphasige Entwicklung des geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens beobachten konnte:

> *"1. die Phase des traditionellen Wahlverhaltens, das durch eine deutliche Tendenz von Frauen, konfessionelle bzw. konservativen Werten verpflichtete Parteien zu wählen, gekennzeichnet war. 2. die Phase der fortschreitenden Konvergenz bzw. Angleichung des Wahlverhaltens von Männern und Frauen, die etwa in Österreich dazu führte, daß die SPÖ bei weiblichen Wählern deutlich an wahlpolitischer Attraktivität gewinnen konnte. 3. die Phase einer geschlechtsspezifischen Neuorientierung (gender realignment), die sich in einer ausgeprägten Tendenz vor allem jüngerer, qualifizierter und selbstbewußter Frauen zu postmaterialistischen bzw. libertären Parteiformationen manifestiert." (Plasser & Ulram 2000)*

Die Autoren verweisen mit Recht darauf, dass diese Wandlungen in generationell bestimmten Veränderungen geschlechtsspezifischer Rollenmuster, Statuspositionen und Wertorientierungen ihre Ursache haben, die mindestens zum Teil auch den Bereich der politischen Bewusstseinsbildung betreffen:

> *"Hinter der Ausweitung des gender gap im Wahlverhalten stehen zum einen die erhöhten Bildungs- und Qualifikationschancen für jüngere Frauengenerationen wie ein aktives und selbstbewußteres Rollenverständnis an gleichberechtigter Partnerschaft und beruflicher Gleichstellung orientierter jüngerer Frauengenerationen, zum anderen spezifische Issue-Präferenzen und generelle Werthaltungen, die humanitären und liberalen Entfaltungswerten wie ökologischer und sozialer Rücksichtnahme einen besonderen Stellenwert zuweisen." (Plasser & Ulram 2000)*

So müssen sich empirische Forschungen in diesem Themenfeld grundsätzlich als Momentaufnahmen verstehen, die zwar durchaus an gängige, bisher bewährte Konzepte geschlechtsspezifischer Differenz anknüpfen können, ohne aber derartige Hypothesen ins Zeitlose und überkulturell Gültige zu generalisieren.

Bezüglich der *politischen Strukturen und Prozesse* sind beispielsweise jene - relativ stark von Autobiographien aktiver Politikerinnen geprägten - Argumentationen bedenkenswert, die glauben, idealtypisch männliche und weibliche Politikstile unterscheiden zu können, während sich sachpolitisch-ideologische "Gender Gaps" in einer wachsenden Zahl quantitativer Surveyergebnisse widerspiegeln.

Bei der Durchsicht dieser Literatur stösst man immer wieder auf die folgenden Hypothesen:

1) Während Männer hierarchisch-machtorientierte, durch Relationen zwischen Statuspositionen definierte Ordnungen präferieren, neigen Frauen eher zu egalitären Netzwerken, in denen Entscheidungen kommunikativ ausgehandelt werden (Meyer 1997).

So erscheinen männliche Politiker in der Sicht Heide Simonis‘ als "schweigsame Herren", die nach Art von Berggängern stabile "Seilschaften" bilden, in denen wenig Kommunikation erforderlich ist, weil jeder Beteiligte eine klare, stabile Position und Rolle einnimmt und die Position aller übrigen Mitglieder kennt (Simonis 2004). Frauen würden demgegenüber eher lockere, labilere Verknüpfungen untereinander bilden, *„die mehr horizontal als vertikal angelegt sind, jedenfalls den Statusunterschied zwischen den Beteiligten nicht akzentuieren“ (Simonis 2004).).* In Übereinstimmung damit möchte Antje Radcke einem „männlichen

Machtgehabe“ einen weiblichen, d. h. integrativen, partizipatorischen und kommunikativen Führungsstil entgegensetzen (vgl. Radcke 2001 S. 153), und Gesine Schwan setzt grosse Hoffnungen darauf, dass mit einer stärkeren politischen Partizipation der Frauen eine *„radikale Veränderung der politischen Kommunikation im Sinne empathischer Gegenseitigkeit und der Stärkung vertrauenswürdiger Beziehungen zur Bekräftigung sozialer Integration“ einhergehen würde" (Schwan 1997: 69ff).* Derartige Argumentationen können sich zumindest partiell auf experimentelle Studien über die Entscheidungsfindung in Gremien abstützen, wo sich gezeigt hat, dass Männer eher eine kompetitive und am Eigeninteresse orientierte anstreben, während Frauen eine altruistisch-universalistische Lösung präferieren (Kennedy 2007).
Allerdings besteht der Preis dafür in einer hohen Unsicherheit über ihre eigene Einflusschancen, und vor allem auch in dem Fehlen einer stabilen Hausmacht, wie sie für ein erwartungs- und erfolgssicheres politisches Entscheidungshandeln die Voraussetzung bildet:

> *"Alle hier vorgestellten Frauen in politischen Spitzenpositionen beklagen die fehlende Unterstützung innerhalb ihrer Parteien und im Umfeld ihrer Funktionen. Sie haben keinen ausreichenden Rückhalt, sie haben keine Hausmacht, es fehlen ihnen die notwendigen Bündnisse, ohne die das Durchsetzen von Themen schwer ist. Die Politiker scheinen da anders zu agieren. Das was unter Männern selbstverständlich ist, scheint für Frauen nicht möglich." (Richter 2006: 114).*

Weil sich Frauen also weniger auf ein etabliertes, bei Bedarf abrufbares „soziopolitisches Kapital“ abstützen können, liesse sich vermuten, dass ihre politische Karrieren und Erfolge stärker vom ständigen Engagement in Kommunikationsprozessen sowie von der Unterstützung durch die Parteibasis und die allgemeine Öffentlichkeit abhängig sind. Und da ihnen wichtige *informelle* Möglichkeiten der Einflussnahme fehlen, sind sie wahrscheinlich umso stärker auf umfangreiche *formelle* Kommunikationsmöglichkeiten verwiesen. Deshalb dürften sie sich stärker dafür einsetzen, dass möglichst häufig Versammlungen und Gremiumssitzungen abgehalten werden (die für die Männer oft lästig sind, weil sich alles wichtige bereits vorgängig informell abgesprochen haben). Mit andern Worten: Gerade als Folge ihrer dezentralistisch-kommunikativen Orientierung erscheinen Frauen paradoxerweise als Promotoren organisatorischer Formalisierung, während Männer diese Formalstrukturen häufig dadurch kurzschliessen, dass sie politisch relevante Entscheidungen spät in der Nacht am Stammtisch oder am Kaminfeuer treffen (Radcke 2001 Richter 2006: 116).

2) Das politische Handeln der Frauen ist stärker in der alltäglichen Lebenswelt verankert und gibt dem Laienwissen und den persönlichen Betroffenheiten relativ viel Raum, während bei Männern abstrakte Prinzipien und Expertentum im Vordergrund stehen.

Beispielsweise vermutet Angela Merkel, ein Zuwachs an Frauen in verantwortlichen politischen Positionen würde zu einem höheren Maß an Bodenständigkeit, bzw. “mehr Erdung“ führen, da Frauen (z. B. wenn sie wie Ursula von Leyen nebenbei noch Kinder grossziehen) stärker als Männer "mit dem normalen Leben verbunden" seien (Merkel/Müller-Vogg 2004: 123). Im Einklang damit steht die - im angelsächsischen Raum vor allem von Carol Gilligan (1982) vertretene - Hypothese, Politikerinnen würden sich in ihrem Entscheidungshandeln eher durch partikuläre Personen und spezifische situative Umstände leiten lassen, während Politiker eher geneigt seien, sich - in Absehung konkreter Personen - vorrangig an generellen Normen und an sachlichen Zielen. zu orientieren (Hoecker 1987; Mayer 1997).

Dieselbe Differenz bezüglich der lebensweltlichen Verankerung mag dafür verantwortlich sein, dass sich das politische Handeln der Männer stärker in Strukturen funktionaler Differenzierung vollzieht (indem sie z. B. Ressortgrenzen strikte beachten), während Frauen eher diffus-polyvalente Rollen und ressortübergreifende Vorgehensweisen präferieren. Dementsprechend seien sie auch besser in der Lage, die von ihnen vertretenen Bürger(innen) in ihrer umfassenden Lebenswirklichkeit zu repräsentieren. Im selben Sinne wird unterstellt, politisierende Frauen seien im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen häufig etwas weniger "eindimensional", weil sie genötigt seien, ihre Amtstätigkeit mit ganz anderen Rollenverpflichtungen (im familiären Kreis oder einem typischerweise politikfernen Beruf) zu verbinden.

> *"Das gleichzeitige Eingebundensein in verschiedene Lebensbereiche, die "amtsunabhängigen Vernetzungen" und die Möglichkeit der Prioritätenänderung verhindern die einseitige Fixierung auf die Politik. Diese relative Unabhängigkeit ist - so lassen die Selbstbeschreibungen vermuten - überparteilich, überregional und von der Kommunalpolitik bis in die politischen Eliten zu finden. Infolge der potenziell vielseitigen Orientierungen könnten Politikerinnen laut Selbsteinschätzung eher unkonventionell handeln. Im Vergleich zu ihren meisten männlichen Parteikollegen fühlen sich viele Politikerinnen unabhängiger von ihrer Partei - und von Machtpositionen. Das Konzept "Politik als Lebensinhalt" teilen sie mehrheitlich nicht. Politische Karrieren werden zwar verfolgt, diese sollen aber kompatibel mit anderen, biographisch relevanten Orientierungen sein." (Geißel 2000).*

Wenn man dieser Argumentationslogik folgen will, muss man schliessen, dass die Frauen eine besondere Affinität zur lokalen Politikebene besitzen. Zu zahlreichen lokalpolitischen Aufgaben (Schulpolitik, Sozialpolitik, lokale Verkehrspolitik, Umweltpolitik u. a.) haben sie aufgrund ihrer persönlichen Biographie und ihrer traditionellen gesellschaftlichen Rolle eine besondere Nähe; viele verbringen im Vergleich zu den vollberufstätigen Männern einen grösseren Teil ihrer Zeit in ihrer Wohnortsgemeinde und sind dementsprechend von den Folgen vieler kommunaler Entscheidungen unmittelbarer betroffen; und schliesslich bleiben viele aufgrund ihrer begrenzteren politischen Karriereambitionen auf dieser untersten Ebene der Politik haften, in der es möglich ist, mit wenig Aufwand und Risiko die Neigung und Eignung zur Politik auszutesten und die erforderlichen Basisqualifikationen für politische Tätigkeit zu erwerben (Geißel 1999: 17).

3) Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Präferenzen für verschiedene politische Tätigkeitsbereiche, Themenfelder und administrative Ressorts

Trotz der voranschreitenden gesellschaftlichen Inklusion der Frauen sind bis heute ausgeprägte geschlechtsspezifische Interessenunterschiede erhalten geblieben, die in allen institutionellen Bereichen ihren Ausdruck finden In der Arbeitswelt zeigen sich beispielsweise darin, dass Frauen nach wie vor Berufe mit hohem Anteil an zwischenmenschlicher Interaktion (z. B. im Bildungs- Gesundheits- und Sozialhilfewesen) vorziehen, während technische und organisationsbezogene Berufe Domänen der Männer geblieben sind. Analog dazu stellt man im Bereich der Freiwilligenarbeit fest, dass Frauen in der Nachbarschaftshilfe und sozialkaritativen Aufgabenfeldern überdurchschnittlich vertreten sind, während die Männer in politischen und kulturellen Vereinigungen sowie im Sportbereich dominieren (Nadai 1996; Freitag & Bühlmann 2006; Münzel 2004).

Im Einklang damit haben auch die die Frauen zumindest zu Beginn ihres Eintritts in politische Exekutiven meist "weiche" Ressorts wie Jugend, Gesundheit oder Bildung übernommen, während etwa das Justiz-, Bau- und Finanzwesen in männlicher Hand verblieb (Hoecker 1998: 164). Allerdings glauben Geißel und Penrose (2003) in neuester Zeit eine Erosion dieses "traditionellen Musters der Frauenbeteiligung" zu konstatieren.

4) Frauen tendieren in zahlreichen sachpolitischen Fragen eher zu Einstellungen, die dem "linken" Bereich des ideologischen Spektrums zugeordnet werden.

Auf der Ebene der Gesamtbevölkerung hat sich in den Analysen Schweizerischer Volksabstimmungen gezeigt, dass die Frauen

> *"…in einem weiten Spektrum sozial-, umwelt- wirtschafts- und familienpolitischer Themen immer wieder die Positionen der Linken unterstützt haben. Zumindest in drei Fällen (Moratorium für Atomkraftwerke, neues Eherecht und Antirassismusgesetz) ist es ihnen eindeutig gelungen, gegen eine Mehrheit ablehnender Männer die Annahme zu erwirken. Daraus geht hervor, dass geschlechtsspezifische Divergenzen sich keineswegs auf das Stratum politisch aktiver Frauen beschränken, sondern breiteste Kreise der Bevölkerung und der Parteianhängerschaft umfassen (Longchamp/Bieri 2001).*

Wie aus der neuesten Umfrage im Rahmen des "World Value Survey" (2007) hervorgeht, hat sich in den letzten zwölf Jahren in der Schweiz eine wachsende "Gender cleavage" gebildet, indem der wachsenden Attraktivität rechtskonservativer Positionen unter Männern eine verstärkte Linksneigung weiblicher Kohorten gegenübersteht (Geser 2007a; 2007b).
Im engeren Bereich politisch aktiver Bevölkerungsschichten hat sich bereits Ende der 1980er Jahre gezeigt, dass Frauen bevorzugt in linksstehenden kommunalen Parteigruppierungen ihre politische Heimat finden (Geser 1991) - ein Trend, der sich in der Replikationsstudie von 2002 klar bestätigt hat (Geser 2004). Und im engsten Kreis bundespolitischer Behördegremien hat eine von 120 Namensabstimmungen im Nationalrat erwiesen, dass 1999 nur elf von insgesamt 45 Frauen auf der rechten Hälfte des politischen Spektrums angesiedelt waren (Jeitziner/Hohl 2000).
Sicher gibt es dafür teilweise triviale Gründe, die eher in der lebensweltlichen Realität der Frauen als in ihren ideologischen Weltanschauungen ihre Wurzel haben. Dazu gehören zum Beispiel Frauenanliegen, die darauf ausgerichtet sind, berufliche und familiäre Rollenpflichten besser miteinander in Einklang zu bringen: zum Beispiel Forderungen nach subventionierten Krippenplätzen oder nach Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende, die mit neoliberalen Spar- und Privatisierungspolitiken kollidieren *(Geser 2005a).*
Impressionistische Befunde legen aber die Vermutung nahe, dass Frauen (gerade aufgrund ihrer angestammt weiblichen Identität) in einem viel umfassenderen Sinne zur Unterstützung mancher Anliegen neigen, die gerade in einer Zeit, wo die Sozialdemokratie sich auf postmaterialistische Werte und auf die Lebenssituation der neuen Mittelschichten ausrichtet - als "linke Forderungen" gelten. So sind sie aufgrund ihrer Fokussierung auf zwischenmenschliche Belange oft eher geneigt, sozialen und humanitären gegenüber wirtschaftlichen Belangen den Vorzug zu geben, oder zum Schutz Schwächerer die Autorität des Staates in Anspruch zu nehmen und Einschränkungen der persönlichen Handlungsfreiheit (z. B. im Strassenverkehr) zu akzeptieren.

Auch in bürgerlichen Parteien markieren die Frauen meist den "linken Flügel", die für innere Spannungen und Konflikte sorgen, indem sie mit politischen Zielen der Sozialdemokraten und Grünen sympathisieren.

> *"So steht die FDP momentan unter dem Druck, dem Wunsch ihrer gut organisierten Frauengruppe nach Blockzeiten, Tageschulen und einer staatlichen Mutterschaftsversicherung Rechnung zu tragen - und dadurch mit einem Selbstbild der "Mittepartei" zu kokettieren, das ihrem angestammten rechtsliberalen Profil widerspricht. Ein analoger Konflikt besteht in der Steuerpolitik, wo die FDP-Frauen im Gleichschritt mit der SP eine völlig zivilstandsunabhängige Form der Familienbesteuerung befürworten, von der sich die Parteimehrheit aufgrund des zu hohen bürokratischen Aufwands distanziert." (Geser 2005a).*

Amerikanische Forschungsergebnisse weisen allerdings darauf hin, dass geschlechtsspezifische Einflüsse in der Lokalpolitik eine geringere Bedeutung als auf überlokalen Politikebenen besitzen (Blais et. al. 2002) - wahrscheinlich deshalb, weil viele kommunale Entscheidungen technisch und administrativ derart determiniert sind, dass nur wenig Spielraum für wertorientierte und ideologische Entscheidungen besteht (Geser 2003a).

2. Frauen in politischen Parteien: eine vielschichtige Thematik

Wie alle freiwilligen Vereinigungen haben auch politische Parteien eine "Zwiebelstruktur" in dem Sinne, dass sich um einen Kern voll engagierter (häufig hauptberuflicher) Führungsmitglieder konzentrische Kreise mit abnehmendem Grad an Aktivität und Bindung (Aktivisten, Mitglieder, Sympathisanten u. a.) lagern.

Dementsprechend stellt sich die Frage, wie Frauen auf die Partei einwirken, als eine komplexe Mehrebenenproblematik dar, bei der mindestens die drei folgenden Ebenen separat betrachtet werden müssen:

1) Anhängerschaft

Mit dem etwas diffusen, aber unentbehrlichen Begriff des "Parteianhängers" wird der Tatsache Rechnung getragen, dass manche Parteien keine formelle Mitgliedschaft kennen, und alle von ihnen auch wichtige Unterstützung von Personen (bzw. Organisationen) beziehen, die nicht als Mitglieder eingetragen sind. Generell umfasst die "Anhängerschaft" all diejenigen, die durch Teilnahme an Veranstaltungen, Spenden, Medienunterstützung, Subskription von Parteipublikationen u. a. ihre Nähe zur Partei bekundet haben. Meist figurieren sie auf einer Adressliste, die beim Versand von Parteiunterlagen (z. B. Einladungen zu Veranstaltungen) Verwendung findet. Das Kausalverhältnis zwischen Frauen und Partei kann auf dieser Ebene am ehesten mit dem Begriff "Responsivität" umschrieben werden. Damit ist gemeint, dass die Partei in ihren Positionen und Aktivitäten auf die Präferenzen weiblicher Anhänger Rücksicht nimmt, um sich ihre weitere Unterstützung zu sichern. Da Anhänger meist nicht direkt in die Parteiorganisation involviert sind, ist anzunehmen, dass sich ihr "Einfluss" (der keine aktive Teilnahme nötig macht) vor allem auf die Sphäre sachpolitischer und ideologischer Einstellungen und Entscheidungen bezieht.

2) Aktivisten
Zum (meist sehr viel kleineren) Kreis der "Parteiaktiven" gehören all jene, die in relativ verlässlicher Weise an den Parteiaktivitäten teilnehmen und für allerhand Tätigkeiten (vom Verteilen von Flugblättern über die Teilnahme an Arbeitsgruppen bis zur Übernahme politischer Ämter) zur Verfügung stehen. Die von den Frauen ausgehenden Kausalwirkungen vollziehen sich hier sehr viel direkter über das Medium der "Partizipation": ein ebenfalls komplexer Begriff, der vielfältige Kanäle der Einflussnahme (Teilnahme an der Parteiversammlung, Vorstösse gegenüber der Parteileitung, informelle Faktionsbildungen etc.) in sich schliesst. Dementsprechend haben parteiaktive Frauen im Gegensatz zu blossen Anhängern sehr viel mehr Chancen (und Motivationen), organisatorische Prozesse und Strukturen in ihrem Sinne mitzugestalten.

3) Parteiführung
Der engste Kern jeder Partei besteht aus den Inhabern formeller Leitungsrollen (in Vorstand, Geschäftsleitung u. a.), die in der Schweiz typischerweise kollegiale Gremien bilden, in denen der Präsident nur als "primus inter pares" fungiert. Derartige Gremien eröffnen natürlich unmitttelbarste Einflusschancen auf organisatorische wie auch sachpolitische Aspekte der Partei - auch wenn meist die Parteiversammlung in letzter Instanz darüber befindet.
Da die Schweizer Parteien im Gegensatz zum Weberianischen Modell keineswegs oligarchisch-führungsorientierte Kollektive sind, sondern in der Elderveld'schen Typologie eher als "amateur associations of idealists" (Eldersveld 1982:165ff.) bezeichnet werden können, darf ein relativ ausgeglichenes Einflussverhältnis der drei Ebenen - wenn nicht gar ein Dominieren der breiten demokratischen Basis - erwartet werden. Hinweise dafür haben sich in einer früheren empirischen Analyse (mit demselben Datensatz) ergeben, wo sich gezeigt hat, dass die Linkstendenz der FDP-Sektionen nur mit dem Frauenanteil an der gesamten Anhängerschaft, nicht hingegen mit den Geschlechtsproportionen im engeren Kern der Parteiaktiven korreliert (vgl. Geser 2004: 9).

3. Datenbasis und Methodologie

Die nachfolgenden empirischen Ergebnisse basieren auf einer landesweiten Erhebung bei allen (ca. 5000) formal organisierten Parteigruppierungen auf kommunaler Ebene, die im Herbst 2002 stattgefunden hat. Dabei handelt es sich bei 80% um Lokalsektionen der grossen, in der nationalen Regierung (Bundesrat) vertretenen Parteien FDP, CVP, SVP und SP, und beim Rest um Sektionen kleinerer Parteien oder um rein lokale Gruppierungen ohne Einbindung in eine überkommunale Partei.
Diese schriftliche Befragung, die in weitgehend identischer Form bereits 1989 durchgeführt worden ist, hat sich an die Präsident(inn)en der jeweiligen Gruppierungen gerichtet. Es haben insgesamt 2529 Gemeindeparteien (d.h. ca. 50% des Universums) teilgenommen. Davon stammen 1875 aus der deutschen, 396 aus der französischen und 258 aus der italienisch sprechenden Schweiz.

Im Fragebogen sind die Informanten aufgefordert worden, über Umfang und Zusammensetzung der Anhängerschaft und Aktivisten, ein breites Spektrum parteiinterner Strukturen und Aktivitäten, verschiedene ideologische und sachpolitische Positionen ihrer Gruppierung sowie über die Stellung ihrer Partei in der Kommunalpolitik und ihre Beziehungen zur überlo-

kalen Parteiorganisation Auskunft zu geben. Es ist evident, dass die Validität der Daten überall dort Grenzen findet, wo anstelle von objektiven Informationen subjektive Einschätzungen gefragt worden sind, bei denen sich (wie z. B. bei der Beurteilung der eigenen Einflussposition innerhalb der Partei) die einseitige präsidiale „top down"- Perspektive verzerrend auswirken kann.

Beim Vergleich mit den Daten von 1989 fällt vor allem auf, dass im Untersuchungsintervall in Parteien aller Richtungen eine ausgeprägte Feminisierung stattgefunden hat, die vor allem in einem beunruhigend starken Rückzug der Männer aus der Kommunalpolitik ihre Ursache hat (vgl. Geser 2003b; 2004). Dies hat dazu geführt, dass der durchschnittliche Frauenanteil bei der Anhängerbasis auf ca. 41% und unter den Parteiaktiven auf knapp 37% angestiegen ist, während die formellen Vorstandsgremien (mit nur 28% weiblichen Mitgliedern) allerdings noch stark in männlicher Hand geblieben sind.
Aus Tabelle 1 wird ersichtlich, dass die Inklusion der Frauen bei den linken Parteien auf allen drei Ebenen erheblich stärker als bei Mitte- und Rechtsparteien vorangeschritten ist. Allerdings sind Sektionen mit sehr dominierenden Frauenanteilen (über 70%) überall derart selten, dass keine Basis für zuverlässige statistische Aussagen besteht. Umgekehrt lassen sich erwartungsgemäss vor allem auf Vorstandsebene – überraschenderweise vor allem bei Linksparteien - zahlreiche (fast) völlig aus Männern konstituierte Parteigruppierungen finden. Einige empirische Indikatoren deuten darauf hin, dass politische Meinungsunterschiede zwischen Männern und Frauen in vielen Parteien durchaus manifest sind und zum Ansatzpunkt für Kontroversen oder gar Flügelbildungen werden. So sind vermelden immerhin 35% der Informanten, dass in ihrer Gruppierung mindestens „gelegentlich" Konflikte zwischen Männern und Frauen ausgetragen würden. Diese Polarisierung erreicht mit 51% ihre grösste Häufigkeit, wenn zwischen 60 und 70% aller Parteiaktiven dem weiblichen Geschlecht angehören.

Tabelle 1: Prozentanteile bei Anhängerschaft, Parteiaktiven und im Parteivorstand: nach ideologischer Ausrichtung der Partei (Häufigkeitsverteilung)

Frauenanteil:	Partei-richtung	Prozentanteil Frauen									
		<10	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	70-80	80-90	90-100
Anhängerschaft	links	.9	2.6	6.8	20.4	40.1	18.7	6.7	2.6	.2	.9
	mitte	1.4	7.0	13.6	35.1	33.9	5.9	2.7	.3	0	0
	rechts	1.3	6.5	13.9	31.7	33.1	8.8	3.1	1.1	.1	.4
Parteiaktive	links	1.4	6.0	11.8	24.5	35.0	12.0	6.2	1.1	.7	.0
	mitte	2.9	11.8	22.5	34.6	21.8	4.3	1.1	.7	.0	.4
	rechts	4.1	14.7	23.8	38.3	16.3	1.3	.7	.7	.0	.1
Parteivorstand	links	24.8	11.7	8.8	20.8	12.6	10.5	5.5	3.6	.5	1.2
	mitte	19.1	23.2	17.4	21.9	11.2	4.2	1.7	.5	.3	.4
	rechts	20.9	25.6	16.7	22.0	10.2	2.8	.9	.4	.1	.3

Wenn man im obigen Sinne (vgl. 3) nichtlineare Kausalitätsverhältnisse unterstellt, muss man zum Schluss kommen, dass Fragen nach geschlechtsspezifischen Einflüssen auf die Gesamtpartei nur unzureichend beantwortbar sind, weil nur wenige Gruppierungen die dafür nötige Schwelle des Frauenanteils (mind. 50%) überschreiten. Es würde nicht verwundern, wenn man vor allem auf Anhängerebene und bei linken Parteien deutliche Korrelationen findet – weil dort noch am ehesten ausgeprägt weiblich dominierte Verhältnisse bestehen. In manchen Fällen dürfte es deshalb vielleicht sinnvoller sein, allfällige statistische Korrelationen als Divergenzen zwischen homogenen Männerparteien und Parteien mit hoher Geschlechtsdiversität zu interpretieren.
Um der Nichtlinearität im Rahmen des Möglichen Rechnung zu tragen und die Chance deutlicher Kovarianzen zu optimieren, wird im folgenden eine Kontrastanalyse verwendet, die auf dem Vergleich zweier Parteikategorien mit extrem unterschiedlichen Frauenanteilen (unter 30%, bzw. über 50%) verwendet, während die Gruppen mit mittleren Prozentsätzen (30-50%) unberücksichtigt bleiben.

4. Empirische Ergebnisse

4.1 Dichte der parteiinternen Kommunikation

Wenn es zutrifft, dass Frauen einen kommunikativeren Stil des Politisierens pflegen und mangels „Seilschaften“ gleichzeitig mehr als Männer auf formelle Interaktionskanäle angewiesen sind, so müsste sich dies darin zeigen, dass Parteien mit hohem Frauenanteil
a) in ihrem Innenverhältnis häufiger Versammlungen, Sitzungen und auch Geselligkeitsanlässe durchführen;
b) ihre Beziehungen zur Gemeinde und Wählerschaft dadurch kommunikativer gestalten, dass sie häufiger gesellige Anlässe und Informationsveranstaltungen stattfinden lassen.

Natürlich ist damit zu rechnen, dass derart organisatorische Aspekte nicht so sehr mit der Zusammensetzung der passiven Anhängerschaft, sondern eher mit dem Frauenanteil bei den Parteiaktiven und im Parteivorstand korrelieren.
Unser Datensatz bietet zur Prüfung dieser Hypothesen günstige Möglichkeiten, da im Fragebogen explizit danach gefragt wurde, wie häufig im Jahr allgemeine Parteiversammlungen und Sitzungen des Parteivorstands stattfinden, und wie intensiv die Aktivmitglieder durchschnittlich mit der Veranstaltung von Informations- und Geselligkeitsveranstaltungen beschäftigt seien. Tatsächlich zeigen sich bei der Gesamtheit der Parteien durchwegs die postulierten Zusammenhänge. Vor allem geht eine Frauenmehrheit bei den Parteiaktiven mit einer stark gesteigerten Versammlungstätigkeit einher (während die Zusammensetzung der Anhängerschaft erwartungsgemäss wenig signifikant korreliert) (Tab. 2). Ebenfalls kann nicht überraschen, dass vor allem der Frauenanteil im Vorstand einen Einfluss darauf hat, wie häufig der Parteivorstand jährlich tagt (Tab. 3).
All diese Zusammenhänge erweisen sich aber weitgehend als Scheinkorrelationen, die in der generell geringeren Sitzungstätigkeit zentristischer und rechter Parteien ihre Ursache haben und sich deshalb abschwächen oder ganz verschwinden, wenn man die Position auf der Links-Rechts-Skala kontrolliert. Bei Rechtsparteien erreicht die Versammlungshäufigkeit auf beiden Ebenen sogar signifikant *geringste* Werte, wenn die Anhängerschaft sich überwiegend aus Frauen rekrutiert.

Innerhalb der linken Parteien hingegen gehen vom Frauenanteil auf allen drei Ebenen starke positive Wirkungen aus. Der Grund dafür mag darin liegen, dass nur im linken Segment Parteien bestehen, in denen die Frauen proportional derart dominieren, dass sie sich bei der Festlegung der Sitzungsfrequenzen (und anderer zentraler Organisationsparameter) regelmässig durchsetzen können.

Tabelle 2: Jährliche Zahl von Parteiversammlungen in männer- und frauendominierten Lokalparteien: nach ideologischer Parteirichtung.

Prozentsatz Frauen:	Alle Parteien			Linke Parteien (1-4)			Mitteparteien (5-6)			Rechte Parteien (7-10)		
	Anh.	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor**
unter 30%	3.0	2.7	2.7	3.1	3.0	3.4	2.7	2.4	2.3	**3.0**	2.9	2.6
über 50%	3.6	4.0	3.7	4.1	4.7	4.2	2.8	2.9	2.7	**1.8**	2.4	**2.8**
F-test	6.21	37.9	26.8	3.68	7.72	6.36	.26	2.08	1.43	**8.75**	.41	.169
(sign.)	.013	.000	.000	.056	.006	.012	.613	.151	.233	**.004**	.52	.681

Tabelle 3: Jährliche Zahl von Vorstandssitzungen in männer- und frauendominierten Lokalparteien: nach ideologischer Parteirichtung.

Prozentsatz Frauen:	Alle Parteien			Linke Parteien (1-4)			Mitteparteien (5-6)			Rechte Parteien (7-10)		
	Anh.	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor**
unter 30%	5.4	5.6	5.5	4.9	4.1	5.4	5.9	5.8	5.6	5.5	5.8	5.5
über 50%	6.3	6.4	6.6	6.6	6.9	6.7	6.2	5.5	6.9	4.6	5.0	5.0
F-test	7.41	7.45	16.5	9.37	8.16	3.26	.322	.377	4.30	1.48	1.36	.891
(sign.)	.007	.007	.000	.009	.000	.001	.572	.540	.039	.227	.146	.346

In Tabelle 4 wird sichtbar, dass die Intensität von interaktiven Tätigkeiten, mit denen sich die Partei an ihre Anhängerschaft (bzw. auch die weitere Gemeindebevölkerung) richtet, vor allem mit dem Frauenanteil im Vorstand positiv korreliert.

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen dem Prozentanteil an Frauen und der Beanspruchung der Parteiaktiven mit der Organisation von Informationsveranstaltungen und geselligen Anlässen (ETA-Koeffizienten)[·]

	Linke Parteien (1-4)			Mitteparteien (5-6)			Rechte Parteien (7-10)		
	Anh.	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor**
Informations-veranstaltungen	.06	.10*	.15**	-.04	.01	.14**	.01	.04	.08*
Gesellige Anlässe	.10*	.04	.04	.02	.10*	.13**	.03	.12**	.19**

** p < .05 ** p < .01*

Dieses Ergebnis kann nicht überraschen, weil es ja zum engeren Kompetenzbereich des Parteivorstands gehört, derartige Veranstaltungen zu initiieren und durchzuführen. Während bei weiblich

dominierten Linksparteien vor allem die Zahl der Informationsveranstaltungen anwächst, scheinen bei rechtsstehenden Gruppierungen eher die Geselligkeitsanlässe an Bedeutung zu gewinnen - vielleicht weil den parteiaktiven Frauen hier noch stärker die traditionelle Rolle zufällt, für die sozio-emotionalen Aspekte des Parteizusammenhalts (bzw. des Kontakts der Partei zur Gemeindebevölkerung) zu sorgen

4.2 Parteiinterne Einflussverhältnisse

Zur Bestimmung der parteiinternen Machtprofile wurden die Informanten danach gefragt, über wieviel Einfluss (a) auf die Sachpolitik und (b) auf die Politik die verschiedenen Entscheidungsorgane der Partei (Parteiversammlung, Vorstand u. a.) verfügen. Durch Summierung der (je dreistufigen) sachpolitischen und personalpolitischen Einflussskala wurde ein sechswertiger Gesamtindex gebildet und auf eine von 0 bis 100 reichende Skala restandardisiert.
Wenn es zutrifft, dass sich politisierende Männer eher an hierarchischen Statusstrukturen orientieren, während Frauen einen eher dezentrale Netzwerke und einen kommunikativen Politikstil pflegen (vgl. Hyp. 1), müssten männerdominierte Parteien eine eher zentralisierte (d.h. auf den Vorstand fokussierte) und frauendominierte Gruppierungen eine eher dezentrale (d.h. auf die Parteiversammlung konzentrierte) Machtstruktur aufweisen.

Generell hat sich aber gezeigt, dass Schweizer Lokalparteien alle ein recht ähnliches, stark normiertes Machtprofil besitzen, auf das nur sowohl durch parteiinterne Faktoren wie auch situative Umweltbedingungen nur einen relativ marginalen Einfluss haben (vgl. Geser 1994, 2005b).
Immerhin wird aber aus den Tabelle 5 und 6 ersichtlich, dass (zumindest in der Gesamtstichprobe) ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil (an den Aktiven und im Vorstand) und dem der Parteiversammlung zugeschriebenen Einfluss besteht.

Tabelle 5: Durchschnittlicher parteiinterner Einfluss der Mitgliederversammlung (Vers) und des Parteivorstandes (Vor) in Lokalparteien mit Männerdominanz und Frauendominanz unter den Aktiven: nach ideologischer Parteirichtung.

Frauenanteil unter den Aktiven:	**Alle Parteien**			**Linke Parteien**			**Mitteparteien**			**Rechte Parteien**		
	Vers.	**Vor**	***N***	**Vers**	**Vor.**	***N***	**Vers**	**Vor**	**N**	**Vers**	**Vor**	***N***
unter 30%	67.1	86.5	*658*	70.9	85.8	*102*	65.7	*86.3*	*226*	66.5	*87.3*	*318*
über 50%	72.4	84.8	*174*	72.1	86.5	*117*	72.4	*81.1*	*37*	75.0	*82.0*	*18*
F-Wert (sign.)	6.12 .014	.1.01 .315	.832 *.431*	.81 .370	.200 .656	*219*	2.29 .133	.571 .451	*263*	1.94 .165	1.78 .377	*338*

Tabelle 6: Durchschnittlicher parteiinterner Einfluss der Mitgliederversammlung (Vers) und des Parteivorstandes (Vor), in Lokalparteien mit Männerdominanz und Frauendominanz im Parteivorstand: nach ideologischer Parteirichtung.

Frauenanteil im Vorstand:	**Alle Parteien**			**Linke Parteien**			**Mitteparteien**			**Rechte Parteien**		
	Vers.	**Vor**	***N***	**Vers**	**Vor.**	***N***	**Vers**	**Vor**	**N**	**Vers**	**Vor**	***N***
unter 20%	67.2	86.9	*1061*	69.0	84.6	*204*	66.3	*88.2*	*362*	**66.8**	*87.5*	*473*
über 50%	72.2	85.7	*235*	73.6	86.1	*146*	66.0	*84.1*	*52*	**74.3**	*87.9*	*35*
F-Wert (sign.)	7.50 .006	.214 .644	*1296*	2.543 .112	1.616 .205	*350*	.009 .924	1.809 .18	*414*	2.764 .085	.012 .914	*363*

Überraschenderweise sind es die Zentrums- und Rechtsparteien, bei denen weibliche Parteiaktivisten am deutlichsten eine Dezentralisierung der Machtstruktur herbeizuführen scheinen - auch wenn die Mittelwertdifferenzen aufgrund der geringen Zahl frauendominierter Grupperungen weit unterhalb der Signifikanzgrenzen liegen. Offensichtlich reicht bei den Linksparteien allein die Kraft egalitärer Ideologievorstellungen aus, um der allgemeinen Parteiversammlung unabhängig von Geschlechtseinflüssen ein relativ hohes Gewicht zuzugestehen. Mit der von linken Aktivistinnen erzeugten Zunahme der Versammlungs- und Sitzungstätigkeit (vgl. 4.1) sind keine demokratisierende Wirkungen verbunden, weil neben der Parteiversammlung ja auch der Vorstand seine Aktivitäten (und damit: seine Einflussmöglichkeiten) expandiert.

4.3 Einfluss der Partei in der Gemeinde

Selbstverständlich hängt der Einfluss einer lokalen Partei auf die kommunale Politik in erster Linie davon ab, welchen Stimmenanteil sie bei Wahlen gewinnt und welchen Anteil an kommunalen Ämtern (insbesondere in der Exekutive) sie besetzt. Die eingangs präsentierten theoretischen Argumentationen geben aber zur Vermutung Anlass, dass bei gegebener formeller Machtstellung männerdominierte Parteien einen höheren kommunalpolitischen Einfluss entfalten, weil stärker dazu neigen, einerseits innerhalb der Partei und andererseits über die Partei hinaus schlagkräftige "Seilschaften" zu bilden, die für die Mobilisierung informeller Macht nutzbar gemacht werden können. Beispielsweise können männliche Aktivisten die Erfolgschancen von Parteivorstössen wesentlich erhöhen, wenn es ihnen gelingt, über ihre persönlichen Beziehungen zu örtlichen Unternehmern, Vereinspräsidenten oder Journalisten eine breitere Unterstützungsbasis dafür zu gewinnen. Demgegenüber wären "Frauenparteien" eher auf ihre rein formell zustehenden Einflussmöglichkeiten verwiesen, da ihnen die Einbettung in solch informelle polyarchische Netzwerke fehlt.

Zur Erfassung dieser kommunalpolitischen Machtstellung wurden die Informanten aufgefordert, den Einfluss ihrer Gruppierung auf
- die politische Meinungsbildung in der Gemeinde
- die Beschlüsse im Gemeindevorstand
- den Ausgang kommunaler Abstimmungen
- den Ausgang kommunaler Wahlen
- das Verhalten der Stimmbürger bei kantonaler und nationaler Abstimmungen

auf einer viergliedrigen Likert-Skala einzuschätzen. Durch Kumulation der fünf Items ergibt sich ein summativer Index, der zwischen den Kennwerten 0 und 15 variiert. In den Tabellen 7 und 8 wird dargestellt, inwiefern sich die *faktischen* Einflusspositionen männer- und frauendominierter Parteien unterscheiden, wenn man ihre *formelle* Machtstellung (operationalisiert durch ihren Sitzanteil in der kommunalen Exekutive) kontrolliert. Als Hauptergebnis zeigt sich, dass die Einflussposition der marginalsten Parteien (die meist gar kein Exekutivmandat besitzen) zusätzlich abgeschwächt wird, wenn über die Hälfte aller Parteiaktiven dem weiblichen Geschlecht angehören (Tab 7).

Tabelle 7: Durchschnittlicher Einfluss der Lokalpartei auf die Politik in der Gemeinde: nach Frauenanteil unter den Parteiaktiven und Sitzanteil in der Gemeindeexekutive.

Frauenanteil bei den Aktiven:	**Sitzanteil in der kommunalen Exekutive:**							
	bis 15%	***N***	**15-30%**	***N***	**30-50%**	**N**	**über 50%**	***N***
unter 30%	7.0	*134*	8.0	*140*	*9.2*	*162*	*9.5*	*135*
über 50%	6.0	*101*	7.4	*38*	*8.3*	*29*	*9.2*	*13*
F-Wert (sign.)	6.12 (.014)	*235*	1.47 (.227)	*178*	2.82 (.095)	*191*	.17 (.661)	*148*

Während ähnliche Tendenzen (wenn auch unterhalb der Signifikanzgrenze) bei Parteien mit 15-50% Sitzanteil festzustellen sind, scheint bei Parteien mit absoluter Mehrheit die rein formelle Autoritätsstellung stark genug, um kaum mehr von Geschlechtseinflüssen berührt zu werden. Auch ein hoher Frauenanteil im Vorstand scheint sich eher negativ als positiv auf die Einflussstellung von Ortsparteien auszuwirken, die im Gemeinderat über keine starke formelle Machtbasis verfügen (Tab. 8).

Tabelle 8: Durchschnittlicher Einfluss der Lokalpartei auf die Politik in der Gemeinde: nach Frauenanteil im Parteivorstand und Sitzanteil in der Gemeindeexekutive.

Frauenanteil im Vorstand:	**Sitzanteil in Exekutive:**							
	bis 15%	***N***	**15-30%**	***N***	**30-50%**	**N**	**über 50%**	***N***
unter 30%	6.6	*283*	8.2	*236*	*9.4*	*271*	*9.3*	*192*
über 50%	6.2	*94*	7.5	*57*	*8.8*	*41*	*9.6*	*21*
F-Wert (sign.)	1.838 (.154)	*377*	2.360 (.126)	*293*	1.161 (.221**)**	*312*	.264 (.061)	*213*

4.4 Themenfelder der Parteipolitik

Um die thematische Breite (bzw. Spezialisierung) der Parteipolitik zu bestimmen, wurden die Informanten danach gefragt, in welchen (von insgesamt 20) Politikfeldern die Lokalpartei innerhalb der vergangenen fünf Jahre auf eigene Initiative kommunalpolitisch aktiv geworden sei.
Wenn es zutrifft, dass sich Frauen auch in der Politik in erster Linie für die ihrer geschlechtsspezifischen Lebenswelt und Berufstätigkeit naheliegenden Themenfelder interessieren (vgl. Hyp. 3), wäre zu vermuten, dass frauendominierte Parteien besonders häufig dazu neigen, in Bereichen der Sozialhilfe, Schule, Jugend und Gesundheit auf eigene Initiative tätig zu werden. Allerdings wäre denkbar, dass solch traditionelle Rollenmuster, die in den ersten Jahrzehnten weiblicher Politik noch bestimmend waren (vgl. Hoecker 1998) heute erodiert (bzw. allenfalls noch in konservativeren Parteien vorzufinden sind; Geißel/Penrose 2003).
Umso mehr erstaunt das Ergebnis, dass die vermuteten Korrelationen vor allem bei den Parteien linker Ausrichtung auftreten, während die Frauen rechtsstehender Parteien höchstens auf die Aktivität im sozialpolitischen Bereich einen leicht positiven Einfluss haben (Tab 9).

Tabelle 9: Korrelationen zwischen dem Prozentanteil an Frauen und der Initiative der Lokalpartei in verschiedenen sachpolitischen Feldern (ETA-Koeffizienten).

Initiative in:	**Linke Parteien (1-4)**			**Mitteparteien (5-6)**			**Rechte Parteien (7-10)**		
	Anh.	**Akt.**	**Vorst.**	**Anh..**	**Akt.**	**Vorst.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vorst.**
Sozialhilfe	.**12***	**.21****	**.14****	.**19***	--	**.12***	.--	**.12***	--
Schule	.--	**.15****	**.09***	--	**--**	**.09***	.--	.--	--
Jugend	**--**	**.19****	**.08***	**.14***	--	**--**	--	.--	--
Gesundheit	--	**.15***	.**12****	**.17***	.--	**.09***	**.**07	.--	--
Finanzwesen	--	**--**	--	**--**	--	--	**--**	**--**	**-**
Bauwesen	.24**	**.38****	--	**--**	--	--	**--**	**--**	**--**
Entsorgung	--	**--**	--	**--**	--	--	**--**	**--**	**--**

** p < .05 ** p < .01*

Vor allem fällt auf, wie sehr die Zusammensetzung der Parteiaktiven in linken Parteien die politische Agenda bestimmt, während bei Mitteparteien eher der Frauenanteil in der Anhängerschaft massgebend ist.
Erwartungsgemäss steht der Förderung weiblicher Politikfelder keine symmetrische Abstinenz in typischen "Männerdomänen" (Finanz-, Bau-, Planungs- und Entsorgungspolitik) gegenüber, weil ja in praktisch allen Gruppierungen mindestens 30% männliche Teilnehmer dafür sorgen, dass diesen Bereichen Rechnung getragen wird.
So trägt ein hoher Frauenanteil in erster Linie dazu bei, die Diversität der Mitgliederstruktur zu erhöhen - und damit die gesamte Vielfalt an Themen auszuweiten, in denen die Ortspartei aus eigenem Antrieb Vorschläge und Vorstösse unterbreitet. Dies zeigt sich deutlich im Befund, dass frauendominierte Linksparteien (sowie Mitteparteien mit vorwiegend weiblicher Anhängerschaft) das breiteste Themenspektrum besetzen (Tab 10).

Tabelle 10: Gesamtzahl Politikbereiche, in denen die Lokalpartei Initiativen ergriffen hat.

Prozentsatz Frauen:	**Alle Parteien**			**Linke Parteien (1-4)**			**Mitteparteien (5-6)**			**Rechte Parteien (7-10)**		
	Anh.	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor**
unter 30%	3.8	3.8	4.0	3.4	3.2	4.3	4.1	3.8	4.0	3.8	3.9	3.8
über 50%	4.5	4.7	4.7	4.5	5.1	5.0	5.2	3.8	4.6	3.9	4.0	3.7
F-test	4.51	8.65	6.65	3.37	16.4	3.95	1.96	.00	.887	.017	.02	.040
(sign.)	.034	.003	.010	.068	.000	.048	.163	.995	.347	.898	.878	.842

4.5 Ideologische und sachpolitische Ausrichtung der Partei

Die Präferenz der Frauen für politische Linksorientierung kann sich in der dreifachen Weise äussern, dass sie

1) vor allem mit politisch linksstehenden (z. B. grünen oder sozialdemokratischen) Parteiorganisationen sympathisieren,
2) in allen Parteien dazu beitragen, dass die entsprechenden Sektionen auf dem ideologischen Spektrum eine linkere Position besetzen,
3) selbst bei gegebener Position auf der Links-Rechts-Skala dafür sorgen, dass die Sektion in manchen sachpolitischen Fragen eine eher "linke" (bzw. weniger stark "rechte" Strategie verfolgt.

Die *erste* Regularität ist bereits hinreichend dadurch belegt, dass linksstehende Parteien in fast 30% der Fälle (gegenüber 10-12% bei den Mitte- und Rechtsgruppierungen) über mehr als 50 Prozent weibliche Anhänger verfügen. Noch drastischer sind diese Divergenzen auf der Ebene der Parteiaktiven und des Parteivorstands, wo immerhin in jeder fünften Linkspartei (gegenüber bloss 3 - 4.5% bei den Rechtsparteien) eine Frauenmehrheit besteht (Tab 1). Natürlich besteht die plausibelste kausale Deutung dieser Kovarianzen darin, dass Frauen bevorzugt linke Parteien aufsuchen: nicht zuletzt auch deshalb, weil sie in diese bei der Besetzung von Parteiämtern wie auch bei der Nomination politischer Kandidaten meist eine aktive Frauenförderungspolitik verfolgen.
Zum *zweiten* Punkt zeigt Tabelle 11, dass Parteisektionen aller Parteirichtungen eine etwas linkere Position auf der von 1 bis 10 reichenden Links-Rechts-Skala besetzen, wenn sie sich auf eine überwiegend weibliche Anhängerschaft abstützen - am wenigsten allerdings bei der SVP. Im engeren Kreis der Bundesratsparteien gilt dies am stärksten für die Freisinnige und die Sozialdemokratische Partei, während bei der CVP und SP nur marginal-zufällige Unterschiede bestehen. Auffällig ist, dass die Zu-

sammensetzung auf der Ebene der Parteiaktiven und des Vorstands bei keiner dieser vier grossen Parteien eine Wirkung hat: ein Hinweis darauf, dass die Linkstendenz ausschliesslich aus der Responsivität der Partei gegenüber ihren (passiven) Anhängern, nicht aus der Einflussnahme ihrer Aktivmitglieder resultiert.

Tabelle 11: Position auf der Links-Rechts-Achse und Frauenanteil in der Anhängerschaften, den Aktiven und dem Parteivorstand in verschiedenen Parteien

Prozent Frauen in der Anhängerschaft	**FDP/LPS**	**CVP/CSP**	**SVP**	**SP**	**andere P.**	**Lokale P.**
unter 30%	6.9	6.1	7.2	3.4	5.1	5.6
über 50%	6.2	5.8	7.1	2.9	3.4	3.6
F-test	6.00	1.40	.040	7.94	10.56	20.92
(sign.)	.001	.244	.842	.005	.002	.000

Prozent Frauen bei den Aktiven	**FDP/LPS**	**CVP/CSP**	**SVP**	**SP**	**andere P.**	**Lokale P.**
unter 30%	6.8	6.0	7.1	3.2	5.3	5.3
über50%	6.7	5.9	7.2	3.0	3.2	3.8
F-test	.062	.054	1.31	1.37	28.74	14.64
(sign.)	.804	.817	.412	.319	.000	.000

Prozent Frauen im Parteivorstand	**FDP/LPS**	**CVP/CSP**	**SVP**	**SP**	**andere P.**	**Lokale P.**
unter 30%	6.9	6.1	7.2	3.1	4.4	4.7
unter 50%	6.9	6.2	6.9	2.9	3.2	4.0
F-test	.714	.52	2.57	1,54	12.06	3.08
(sign.)	.397	.472	.110	.191	.001	.082

Generell kann die Frage nach der Kausalrichtung weniger eindeutig als beim ersten Punkt beantwortet werden. Einerseits ist ebenfalls denkbar, dass bereits als links bekannte Parteigruppierungen in höherem Masse weibliche Anhänger anziehen; andererseits ist damit zu rechnen, dass die Verschiebung der Skalenwerte aus einer Anpassung an eine gegebene Anhängerschaft resultiert.
Zur Untersuchung des *dritten* Punktes müssen Daten herangezogen werden, die sich auf die sachpolitischen Positionen der Lokalpartei beziehen. Zu diesem Zweck wurden die Informanten gebeten, bezüglich zwanzig politischer Sachfragen darüber Auskunft zu geben, ob innerhalb ihrer Gruppierung eine überwiegend zustimmende, überwiegend ablehnende oder stark "geteilte" Meinung bestehe. Die Analyse zeigt, dass sowohl linke wie auch zentristische Gruppierungen in praktisch allen Sachfragen im Durchschnitt linkere Positionen vertreten, wenn die Frauen innerhalb ihrer Anhängerschaft und bei den aktiven Parteimitgliedern dominieren - während von der Zusammensetzung des Vorstandes deutlich geringere Einflüsse auszugehen scheinen (Tab 12).

Tabelle 12: Korrelation zwischen dem Prozentanteil an Frauen und der Zustimmung/Ablehnung der Lokalpartei zu 20 linken Anliegen (ETA-Koeffizienten)1

	Linke Parteien (1-4)			Mitteparteien (5-6)			Rechte Parteien (7-10)		
	Anh.	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor.**	**Anh.**	**Akt.**	**Vor**
Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses (+)	.02	.03	.02	**.22****	**.18****	.04	.12	-.02	.01
Ausbau des Mieterschutzes (+)	.01	.06	**.10***	**.27****	**.14***	-.04	**.18****	-.03	-.04
Stärkere Besteuerung hoher Einkommen (+)	**.13***	.10	.08	**.15****	**.15***	.02	**.10***	.03	-.07
Abschaffung des Bankgeheimnisses (+)	**.37****	**.29****	**.20****	.12	**.23****	.06	**.13***	.04	.01
Einführung der Mutterschaftsversicherung (+)	.12	**.13***	.09	**.39****	**.22****	**.09***	**.17****	.05	.02
Mehr Kindertagesstätten (+)	**.19****	**.25****	**.13****	**.16***	**.26****	**.16****	**.13***	**.17****	.02
Mehr staatliche Unterstützung für Soziales (+)	**.19****	**.20****	**.12****	**.37****	**.13***	.07	**.30****	.08	-.01
Mehr staatliche Unterstützung für Kulturelles (+)	**.27****	**.26****	**.17****	**.21****	.09	.07	**.14***	.03	.05
Weniger staatliche Regulierung (-)	**.17****	**.11**	**.15****	.05	**.16***	**.11***	.05	.04	-.04
Verringerung der Staatsausgaben (-)	**.19****	**.16****	**.12****	**.25****	**.28****	.04	**.13***	.03	.02
Verringerung der Steuerbelastung (-)	**.32****	**.29****	**.18****	.10	**.14***	.05	.01	.01	.02
Gleichstellung von Mann und Frau (+)	**.29****	**.17****	**.12****	**.17***	**.16****	.04	.03	.05	.03
Umweltverträglichkeit staatlicher Entscheidungen (+)	**.24****	**.20****	**.11***	**.22****	**.18****	.08	.01	.06	-.08
Ausstieg aus der Kernenergie (+)	**.31****	**.27****	**.17****	**.10***	**.21****	.06	.09	.09	-.02
Ausbau des öffentlichen Verkehrs (+)	**.15***	**.06**	.03	**.21****	**.08**	.05	**.18****	**.10***	-.03
Mehr innere Sicherheit (-)	.12	**.17****	.02	.07	.09	.04	**.14***	.03	.02
Verschärfung der Asylgesetzgebung (-)	**.26****	**.19****	.06	**.19****	**.19****	.04	**.25****	.09	.04
Mehr politische Rechte für Ausländer (+)	**.27****	**.32****	**.15****	**.19****	**.16****	.01	**.16****	.08	.04
Beitritt der Schweiz zur EU (+)	**.13***	**.14***	**.13***	**.16***	**.12***	.06	.10	**.06**	.07
Für eine Schweiz ohne Armee (+)	**.26****	**.23****	**.14****	**.15***	**.12***	.06	.04	.05	.02
(N =)	*248*	*281*	*483*	*184*	*297*	*476*	*254*	*383*	*586*

** p < .05 ** p < .01 (F-Test)*

1 Alle Items wurden in dem Sinne (re-)kodiert, dass eine positive Korrelation bedeutet, dass bei höherem Frauenanteil eine stärker linksorientierte Position vertreten wird.

Auch bei rechtsstehenden Sektionen sind derartige Kovarianzen sichtbar, die sich allerdings auf ein erheblich beschränkteres Spektrum von Issues (sowie ausschliesslich auf die Zusammensetzung der Anhängerschaft) beschränken.

All diese Ergebnisse deuten darauf hin,
- dass die Frauen in den Parteien eine sachlich äusserst generalisierte Präferenz für "linke Politik" entfalten, die sich keineswegs bloss auf moderne postmaterialistische Anliegen (z. B. der Umwelt-, Asyl- oder Frauenpolitik) beschränken, sondern ebenso stark auf klassisch "sozialistische" Anliegen (z. B. der staatlichen Finanz-, Sozial- und Ordnungspolitik) erstrecken;
- dass diese Einflüsse nur zum Teil mit der ideologischen Ebene der Links-Rechts-Skala verknüpft sind, zum anderen hingegen wohl in rein lebensweltlichen Orientierungen (Schutz der Schwachen, Angst vor Umweltgefährdungen etc.) ihren Ursprung haben. Besonders die Parteien der politischen Mitte scheinen sehr stark von diesen "subideologischen" Einflüssen weiblicher Anhänger und Parteiaktivisten berührt.

Dieser vom Denken in abstrakten Links-Rechts-Kategorien unabhängige Einfluss wird in den Tabellen 13-15 deutlich, wo sich zeigt, dass der gesamte Zustimmungsgrad zu den 20 Sachfragen mit wachsendem Frauenanteil kontinuierlich ansteigt (bzw. der Ablehnungsgrad sinkt), während der Wert auf der Links-Rechts-Skala sich nur marginal verschiebt.

Tabelle 13: Durchschnittlicher Zustimmungs- und Ablehnungsgrad zu 20 linken Anliegen und Platzierung auf der Links-Rechtsachse, nach Anteil der Frauen an der Parteianhängerschaft und Parteirichtung.

Prozentsatz von Frauen:	Linke Parteien (1-4)			Mitteparteien (5-6)			Rechte Parteien (7-10)		
	Index	**LR**	***N***	**Index**	**LR**	***N***	**Index**	**LR**	**N**
bis 20%	+7.25	3.2	*(15)*	-5.78	*5.6*	*(36)*	-8.75	7.7	(57)
20-30%	+9.91	3.2	*(35)*	-3.54	*5.6*	*(52)*	-9.22	7.6	105
30-40%	+12.03	3.0	*(92)*	-3.94	*5.6*	*(92)*	-8.67	7.6	(205)
40-50%	+13.02	3.0	*(164)*	-2.33	*5.5*	*(164)*	-6.97	7.7	(143)
über 50%	+14.07	2.9	*(115)*	+1.76	*5.4*	*(115)*	-3.89	7.5	(18)
F-Wert (sign.)	8.042 (.000)	1.97 (.100)	*(421)*	7.799 (.000)	2.39 (.051)	*(381)*	7.001 (.000)	.59 (.665)	*(528)*

Tabelle 14: Durchschnittlicher Zustimmungs- und Ablehnungsgrad zu 20 linken Anliegen und Platzierung auf der Links-Rechtsachse, nach Anteil der Frauen an den Parteiaktiven und Parteirichtung.

Prozentsatz von Frauen:	Linke Parteien (1-4)			Mitteparteien (5-6)			Rechte Parteien (7-10)		
	Index	**LR**	***N***	**Index**	**LR**	***N***	**Index**	**LR**	**N**
bis 20%	+10.29	2.9	*(35)*	-5.00	*5.6*	*(57)*	-7.71	7.7	(112)
20-30%	+10.89	3.0	*(53)*	-4.22	*5.6*	*(100)*	-9.30	7.6	(145)
30-40%	+11.34	3.0	*(125)*	-3.62	*5.6*	*(153)*	-8.62	7.6	(231)
40-50%	+13.28	3.0	*(165)*	-1.53	*5.6*	*(95)*	-7.11	7.5	(88)
über 50%	+14.70	2.9	*(90)*	+1.00	*5.4*	*(21)*	-6.53	7.6	(13)
F-Wert (sign.)	8.208 (.000)	1.03 .35	*(468)*	5.782 (.000)	1.11 .352	*(426)*	3.531 (.000)	1.84 .118	*(589)*

Tabelle 15: Durchschnittlicher Zustimmungs- und Ablehnungsgrad zu 20 linken Anliegen und Platzierung auf der Links-Rechtsachse, nach Anteil der Frauen im Parteivorstand und Parteirichtung.

Prozentsatz von Frauen:	Linke Parteien (1-4)			Mitteparteien (5-6)			Rechte Parteien (7-10)		
	Index	**LR**	***N***	**Index**	**LR**	***N***	**Index**	**LR**	**N**
bis 20%	+11.70	3.0	*(166)*	-3.64	*5.6*	*(183)*	-8.24	7.6	(271)
20-30%	+11.67	3.0	*(48)*	-4.50	*5.7*	*(90)*	-8.41	7.6	(95)
30-40%	+11.71	3.1	*(106)*	-2.97	*5.5*	*(96)*	-8.43	7.6	(151)
40-50%	+12.62	3.0	*(63)*	-.70	*5.6*	*(43)*	-7.41	7.5	(63)
über 50%	+14.59	2.8	*(95)*	-1.52	*5.6*	*(31)*	-8.33	7.6	(27)
F-Wert (sign.)	4.725 (.001)	2.64 .033	*(478)*	3.209 (.013)	1.73 (.142)	*(443)*	.481 (.750)	.327 (.860)	*(607)*

Auch in dieser summarischen Darstellung wird sichtbar, dass sich der Einfluss weiblicher Parteianhängerschaften homogen über das ganze ideologische Parteienspektrum hin erstreckt, während sich die Wirkung, die von weiblichen Parteiaktiven und Vorstandsmitgliedern ausgeht, eher auf Links- und Mitteparteien beschränkt.

Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalyse bestätigen die Vermutung, dass nur von der Anhängerschaft und den Parteiaktiven eigenständige Kausaleinflüsse ausgehen, während der die Zusammensetzung des Vorstandes ohne sachpolitische Konsequenzen bleibt (Tab 16). Überdies zeigen sich scharfe Asymmetrien zwischen den beiden Hälften des ideologischen Spektrums: in dem Sinne, dass auf der linken Seite der Einfluss der Aktiven, rechts der Mitte hingegen die von den Anhängern ausgehende Wirkung dominiert. Dieser geschlechtsspezifische Einfluss tritt bei bürgerlichen Parteien relativ stärker hervor, weil deren sachpolitische Positionen generell in geringerem Masse von der Links-Rechts-Dimension mitbeeinflusst sind.

Tabelle 16: Einfluss der Links-Rechtsposition und der Frauenanteile auf den Zustimmungsgrad zu 20 linken politischen Anliegen: Gesamtstichprobe sowie linke und rechte Parteien (Multivariate Regressionsanalysen; BETA-Koeffizienten).

Prädiktoren:	Alle Parteien (1-10)		Linke Parteien (1-5)		Rechte Parteien (6-10)	
	BETA-Koeff.	**Sign.**	**BETA-Koeff**	**Sign.**	**BETA-Koeff.**	**Sign.**
Position auf der Links-Rechts-Skala	-.77	.000	-.67	.000	-.28	.000
% Frauen unter den Anhängern	.10	.000	.09	.016	.16	.000
% Frauen unter den Aktiven	.07	.000	.12	.002	.06	.190
% Frauen im Parteivorstand	.01	.953	.01	.681	-.03	.402
Korr. R-Quadrat	.704	.000	.531	.000	.118	.000

Eine Aufgliederung der Stichprobe nach Sprachregionen zeigt nun allerdings, dass sich dieses gewonnene Gesamtbild nur innerhalb der deutschen Schweiz wiederfindet, während in französisch sprechenden Regionen ausschliesslich die Parteiaktiven eine Wirkung entfalten und im italienischen Sprachraum überhaupt keine Geschlechtseinflüsse erkennbar sind (Tab 17). So muss diese Analyse

mit skeptischen Fragen nach der interkulturellen Generalisierbarkeit der Ergebnisse geschlossen werden, die in zukünftigen Forschungen zu klären sind.

Tabelle 17: Einfluss der Links-Rechtsposition und der Frauenanteile auf den Zustimmungsgrad zu 20 linken politischen Anliegen: nach Sprachregion (Multivariate Regressionsanalysen; BETA-Koeffizienten).

Prädiktoren:	deutsch		französisch		italienisch	
	BETA-Koeff.	Sign.	BETA-Koeff.	Sign.	BETA-Koeff.	Sign.
Position auf der Links-Rechts-Skala	-.77	.000	-.78	.000	-.77	.000
% Frauen unter den Anhängern	.11	.000	-.04	.479	.04	.527
% Frauen unter den Aktiven	.07	.000	.12	.040	.02	.811
% Frauen im Parteivorstand	.01	.953	-.04	.389	-.04	.580
Korr. R-Quadrat	.738	.000	.654	.000	.576	.000

5. Schlussfolgerungen

Studien über geschlechtsspezifische Einflüsse auf die Politik im allgemeinen und politische Parteien im besonderen haben sich bisher nur auf eher unscharfe theoretische Argumentationen und einen überaus rudimentären Bestand an konsolidierten Forschungsergebnissen abstützen können. Zweifellos wird die erwartbare Generalisierbarkeit empirischer Befunde empfindlich dadurch gemindert, dass die Inklusion der Frauen in die Politik als ein vielschichtiger historischer „Koevolutionsprozess" begriffen werden muss, in dessen Verlauf sich sowohl die Politik wie die Frauen korrelativ verändern.

Im Falle politischer Parteien kommt hinzu, dass sie je nach ihrer ideologischen Ausrichtung den Frauen unterschiedliche Integrations-, Partizipations- und Aufstiegschancen bieten, und dass sie gleichzeitig von verschiedenen Sphären ihrer konzentrisch aufgebauten „Zwiebelstruktur (Kernmitglieder, Aktivisten, Anhänger u. a.) konstituiert und gesteuert werden.
Die pauschale Titelfrage, ob es feminine Parteien gebe, kann allein schon wegen des Fehlens homogen weiblicher Gruppierungen nur mit Einschränkungen beantwortet werden – ganz abgesehen von der Gefahr „ökologischer Fehlschlüsse", die bei Korrelationen zwischen Mitgliederstruktur und Organisationsmerkmalen immer in Betracht gezogen werden müssen.

Immerhin ist den präsentierten Ergebnissen zugute zu halten, dass sie auf einer sehr grossen landesweiten Stichprobe von 2500 Lokalparteien beruhen, und dass sie mit zahlreichen Hypothesen, die bisher über „typisch weibliche" politische Handlungsstile und Orientierungen formuliert worden sind, eher in Übereinstimmung als im Widerspruch stehen.

1) Die positiven Korrelationen mit der der Frequenz von Parteiversammlungen (Tab 2) und Vorstandssitzungen (Tab.3), mit dem Engagement für Informationsveranstaltungen und gesellige Anlässe (Tab 4) sowie mit der Einflussposition der Parteiversammlung (Tab. 5 und 6) sind konsistent mit der Hypothese, dass Frauen – besonders in linksstehenden Parteien - zu einem egalitäreren Politikstil tendieren, der sich gegenüber hierarchisch-statusorientierten Stil der Männer durch intensivere Kommunikationsprozesse und etwas dezentralisiertere Machtverhältnisse profiliert. Erwartungsgemäss gehen die Wirkungen hier eher von den inneren, an den eigentlichen Parteiaktivitäten beteilig-

ten Gruppierungen (Parteiaktive und Vorstand) aus, während die Zusammensetzung der weiteren Anhängerschaft weniger Bedeutung hat.

2) In geringem Umfang bestätigt sich auch die Vermutung, dass männerdominierte Parteien bei gegebener *formeller* Machtposition (gemessen am Sitzanteil in der Exekutive) innerhalb der Gemeindepolitik etwas eine etwas grössere Macht entfalten: weil Männer besser in parteiübergreifende polyarchische Netzwerke eingebettet sind, die ihnen ermöglichen, im Bedarfsfall breitere Unterstützung (z. B. bei örtlichen Honoratioren, Unternehmern, Vereinsexponenten u. a.) zu mobilisieren. Allerdings zeigt sich, dass vor allem Parteien, die nur marginal oder gar nicht in der Exekutive vertreten sind, von diesem informellen „sozio-politischen Kapital" profitieren, während umgekehrt Gruppierungen mit absoluter Sitzmehrheit allein aufgrund aus ihrer formellen Position hinreichende Machtressourcen zur Verfügung haben (Tab 7 und 8).

3) Nur schwach zeigt sich auch die (auf Links- und Mitteparteien begrenzte) Tendenz, dass Parteien mit mehr als 50% Frauen (unter den Parteiaktiven und im Vorstand) etwas häufiger in „typisch weiblichen" Vollzugsbereichen wie Fürsorge, Jugend, Schulwesen und Gesundheitswesen auf eigene Initiative politisch aktiv werden (Tab. 9). Da umgekehrt die Aktivität in den finanziell und technisch orientierten Männerdomänen dadurch keineswegs verringert wird, tragen die Frauen – wiederum unter Ausschluss der Rechtsparteien - hauptsächlich zu einer sachlichen Diversifikation der kommunalpolitischen Parteiaktivitäten bei.

4) Die ausgesprochen demokratische Struktur der Schweizer Lokalparteien kommt darin zum Ausdruck, dass ihre ideologisch-sachpolitischen Orientierungen der Parteien sehr stark von der umfassenden Anhängerbasis und den Parteiaktiven bestimmt werden, während die Zusammensetzung des Parteivorstandes keine Bedeutung hat. So besteht in allen landesweit aktiven grossen Parteien wie auch in rein lokalen Gruppierungen besteht die Tendenz, dass Sektionen mit überwiegendem Frauenanteil sich auf der von 1 bis 10 reichenden Ideologieskala etwas linker als männerdominierte Gruppen positionieren (Tab. 11). Darüber hinaus sind sie auch unabhängig von dieser ideologischen Verortung in sehr viel höherem Masse geneigt, zu sachpolitischen Forderungen, die als „links" gelten, positiver (bzw. im Falle bürgerlicher Parteien: weniger negativ) Stellung zu beziehen. Sehr deutlich zeigt sich, dass sich dieser Einfluss (zumindest auf der Ebene der Anhängerschaft) auch auf rechtsstehende Parteien erstreckt und sich keineswegs auf frauenpolitische Fragen oder neuere postmaterialistische Forderungen (z. B. der Umwelt- oder Asylpolitik) beschränkt, sondern auch die Thematik der aussenpolitischen Öffnung (Beitritt zur EU) sowie fast das ganze Spektrum klassisch-sozialistischer Anliegen umfasst (Tab. 13-16). Während der Einfluss der Frauen in Sozialdemokratischen und Grünen Parteien zur Verstärkung linksextremistischer Tendenzen beitragen mag, scheint er in der SVP und anderen rechtsbürgerlichen Gruppierungen eher eine Abschwächung extrem rechter Positionen zu bewirken, wie sie in homogen von Männern besetzten Lokalsektionen verbreitet sind.

5) Schliesslich weist ein Vergleich der Sprachregionen (Tab. 17) auf fundamentale kulturelle Divergenzen hin, wie sie auch im internationalen Vergleich (z. B. bei den Daten des „World Values Survey; Geser 2009b) sichtbar werden So scheint sich der von der Anhängerschaft ausgehende geschlechtsspezifische ideologisch-sachpolitische Einfluss auf die Deutschschweiz zu beschränken, und im Tessin sind überhaupt keine Effekte zu erkennen.

So sind breite zukünftige Forschungen nötig, um historisch und interkulturell generalisierbare von temporären und kontextgebundenen Regularitäten zu trennen. Selbst in der Schweiz mit ihrem ausgeprägten, sei den 1990er Jahren zunehmenden „Gender Cleavage" (Geser 2009b) haben die Frauen die Politik im allgemeinen und die Parteienebene im besonderen nicht grundlegend verändert. Vorherrschend sind vielmehr schwache, aber durchaus breitgefächerte Einflüsse, die sich gleichermassen

auf die innere Organisation wie auch auf die politischen Aktivitäten und Orientierungen der Parteien erstrecken und mit der hergebrachten politischen Kultur der Schweiz, in der egalitäre Kommunikativität gegenüber Weberianischer Oligarchie und Führung schon immer den Vorrang hatte, wohl in keinem spannungsvollen Verhältnis steht.

Literatur

Blais Dianne et. al. 2002 The Impact of Women in Public Office. League of Women Voters of the Fairfax Area Education Fund. http://www.lwv-fairfax.org/pdf_study_folder/lwv_womenoffice.pdf

Eldersveld Samuel J. 1964 Political Parties: A Behavioral Analysis. Chicago: Rand McNally.

Freitag Markus & Bühlmann Marc 2006 Freiwilligkeit als soziales Kapital der Gesellschaft - Makrosoziologische Untersuchungen für die Schweizer Kantone, in: Farago, Peter / Ammann, Herbert (Hrsg.): Monetarisierung der Freiwilligkeit. Zürich: Seismo, S. 109-117.

Bundesamt für Statistik (BfS) 2001: Freiwilligenarbeit in der Schweiz. Neuenburg.

Geser Hans 1991: "Dealignment" oder neue Integrationsbereitschaft? Aktuelle Entwicklungstendenzen im Anhängerbestand schweizerischer Kommunalparteien. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 26, S. 233-272.

Geser Hans 1994 Innerparteiliche Einflussverhältnisse. In: Geser Hans et al. (Hrsg.) Die Schweizer Lokalparteien. Zürich: Seismo. Kap. 7, S. 189-224).

Geser Hans 2003a Sind Gemeindeangelegenheiten "politisch"? In: Sociolology in Switzerland: Politik und Parteien im Wandel. Zürich. http://socio.ch/par/ges_04.html

Geser Hans 2003b Die erodierende Anhängerbasis der Zürcher Parteien. Zürich *http://geser.net/par/ges_02.pdf*

Geser Hans 2004 Rechte Männer und linke Frauen in der FDP. Die Geschlechterfrage als Spaltpilz bürgerlicher Parteien. Zürich. http://geser.net/par/ges_08.pdf

Geser Hans 2005a Frauen als Stützen linker Parteipolitik. In: Sociology in Switzerland: Politik und Parteien im Wandel. Zürich. http://socio.ch/par/ges_14.html

Geser Hans 2005b Parteienkonkurrenz als Determinante innerparteilicher Organisation. In: Sociology in Switzerland: Politik und Parteien im Wandel. Zürich. http://www.socio.ch/par/ges_13.pdf

Geser Hans 2007a Polarisierung der Geschlechter. Eine Analyse zum Einbruch der politischen Mitte. Neue Zürcher Zeitung 5.11, S. 11.

Geser Hans 2007b Einbruch der Mitte und Linksdrift der Frauen. Aktuelle ideologische Megatrends in der Schweizer Bevölkerung. Sociology in Switzerland: Politik und Parteien im Wandel. Online Publikationen. Zuerich, Sept. 2009. http://socio.ch/par/t_hgeser22.pdf.

Geißel Brigitte, 1999: Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Leske + Budrich, Opladen.

Geißel Brigitte 2000 Innovative Potentiale von Politikerinnen. In: Politik und Zeitgeschichte (B 31-32/2000) http://www.bpb.de/publikationen/N9QDNV,2,0,Innovative_Potenziale_von_Politikerinnen.html#art2

Geißel Brigitte & Penrose Virginia 2003 Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung FU Berlin. http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/Geißel_penrose/Geißel_penrose.pdf

Gilligan Carol 1982 In a different voice: Psychological theory and women's development. Cambridge MA: Harvard University Press.

Hoecker Beate, 1987 Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen: Leske & Budrich.
Jeitziner Bruno & Hohl Tobias 2000 Die Nationalräte auf einer Links-Rechts-Skala. Ein Rating anhand parlamentarischer Abstimmungen. Neue Zürcher Zeitung, 03.11. S. 15.

Kennedy Carole 2003 Gender Differences in Committee Decision-Making: Process and Outputs in an Experimental Setting. Women & Politics 25 /3, S. 27-45.

Kreisky Eva 1992: Der Staat als Männerbund. Der Versuch einer feministischen Staatssicht. In: Biester, Elke; Brigitte Geißel; Sabine Lang; Birgit Sauer, Petra Schäfer und Brigitte Young (Hrsg.): Materialien des workshops "Staat aus feministischer Sicht" des Arbeitskreises "Politik und Geschlecht" in der DVPW, Berlin 1992.

Ladner Andreas 2004 Partizipationsbereitschaft der Parteiaktiven. Online Publikation, Zürich http://socio.ch/par/ladner/lad_04.pdf

Longchamp Claude & Bieri, Urs: Frauen und Männer als Stimmbürgerinnen: Was haben sie entschieden? Überblick über wesentliche Hauptergebnisse aus den VOX-Analysen eidg. Urnengänge (Stand 7.2.2001) http://www.gfs.ch/gender.html

Merkel Angela, 2004 Mein Weg. Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg. Campe, Hamburg.

Meuli Urs 2005 Die SP Münchenbuchsee in der öffentlichen Wahrnehmung. Schlussbericht über die Befragung der Wahlberechtigten zur Sozialdemokratischen Partei der Gemeinde Münchenbuchsee, Zürich. http://socio.ch/gem/meu04.pdf

Meyer, Birgit 1997: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Campus, Frankfurt/New York.

Münzel Guido 2004 Studie zum Bericht der Freiwilligenarbeit in der Schweiz, Bundesamt für Statistik, Neuenburg.

Norris Pippa 1999 Gender: A Gender-Generation Gap?, in: Geoffrey Evans und Pippa Norris (eds.). Critical Elections. British Parties and Voters in Long-Term Perspective, Thousand Oaks, S. 148-163

Plasser Fritz & Ulram Peter A. 2000 Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Signum-Verlag, Wien ,S. 169-202.
http://www.demokratiezentrum.org/media/pdf/plasserulram.pdf

Radcke Antje 2001 Das Ideal und die Macht. Das Dilemma der Grünen. Henschel Verlag, Berlin.

Rebenstorf Hilke 1993 Gesellschaftliche Interessenrepräsentation und politische Integration. In: Herzog, Dietrich, Rebenstorf, Hilke, Wessels, Bernhard (Hrsg.): Parlament und Gesellschaft: Eine Funktions-analyse der repräsentativen Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 53-98.

Richter Regine 2006 Frauen in politischen Machtpositionen. Hamburg Univ. Dissertation. http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=983436673&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=983436673.pdf

Schöler-Macher, Bärbel, 1994: Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten. Beltz Verlag, Weinheim

Schwan, Gesine, 1997: Entgrenzungen des Politischen? Die liberale Demokratietheorie und -praxis muß feministisch erweitert werden. In: Kreisky, Eva & Sauer, Birgit (Hrsg.). Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden, S. 69-82)

Simonis, Heide 2004: Unter Männern. Mein Leben in der Politik. Verlag C. H. Beck, München.